

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister

martin.kocher@bma.gv.at  
+43 1 711 00-0  
Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.519.943

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7480/J-NR/2021

Wien, am 21. September 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm und weitere haben am 21.07.2021 unter der **Nr. 7480/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **AMS-Ombudsstelle Oberösterreich und Corona-Maßnahmen 2020/2021** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend möchte ich anmerken, dass sich die Antworten im Folgenden auf Kontaktaufnahmen von Kundinnen und Kunden mit den AMS Ombudsstellen (neun in den Bundesländern und eine in der Bundesgeschäftsstelle) beziehen. Diese betreffen Informationen und Ansuchen, wobei es sich aber nicht um Rechtsschutz im technischen Sinne handelt. Für den Rechtsschutz selbst steht das Rechtsmittel der Beschwerde im Leistungsverfahren zur Verfügung.

#### Zu den Fragen 1 und 2

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die AMS-Ombudsstellen seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die AMS-Ombudsstelle Oberösterreich seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*

Österreichweit wurden laut ams.help-Tool zwischen 1. Jänner 2020 und 21. Juli 2021 von AMS Kundinnen und Kunden 13.921 Kontakte bei den AMS Ombudsstellen registriert, davon entfallen 1.315 auf Ansuchen bei der Ombudsstelle des AMS Oberösterreich.

### **Zur Frage 3**

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die AMS-Ombudsstelle Oberösterreich im inhaltlichen Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*

Die Auswertungsmöglichkeiten im Dokumentationstool der AMS Ombudsstellen beinhalten keine Spezialisierung für die Abfrage in Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen.

Im Feld „Anmerkungen“ wurden in der Dokumentation der Ombudsstelle Oberösterreich in fünf Fällen der Hinweis „Corona“ bzw. „COVID“ vermerkt.

### **Zur Frage 4**

- *Welche anderen politischen und rechtlichen Maßnahmen haben diese Ansuchen an die AMS-Ombudsstelle Oberösterreich seit dem 1.1.2020 umfasst?*

Die Kontaktaufnahmen von Kundinnen und Kunden bei der Ombudsstelle des AMS Oberösterreich betrafen:

- Anliegen zur Existenzsicherung
- Anliegen zur Beratung und Betreuung durch das AMS
- Anliegen zu Beihilfen
- Anliegen zu Maßnahmen
- Anliegen zur Vermittlung

### **Zu den Fragen 5 und 6**

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die AMS-Ombudsstellen im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die AMS-Ombudsstelle Oberösterreich im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Im Zeitraum vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2019 wurden bei allen AMS Ombudsstellen (neun in den Bundesländern und eine in der Bundesgeschäftsstelle) gesamt

95.354 Kontakte mit Kundinnen und Kunden registriert, davon entfielen 7.838 Kontaktaufnahmen auf Oberösterreich.

Die Aufstellung nach Jahren stellt sich wie folgt dar:

<b>Jahr</b>	<b>Österreich</b>	<b>Oberösterreich</b>
2010	9 388	938
2011	8 999	759
2012	8 573	579
2013	10 114	657
2014	10 627	614
2015	9 944	586
2016	9 990	669
2017	9 605	755
2018	9 393	1 156
2019	8 721	1 125
<b>Gesamt</b>	<b>95 354</b>	<b>7 838</b>

Quelle: Jahresberichte der BGS, eigene Angaben der Bundesländer

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

